

V2528 Motion (SVP-Fraktion) "Steuererleichterungen für Könizer Ausbildungsbetriebe"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage für den Erlass einer kommunalen Steuerverordnung oder einer entsprechenden Bestimmung in einem bestehenden Reglement zu unterbreiten, mit welchem Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in der Gemeinde Köniz, die Lernende in einem anerkannten Lehrverhältnis gemäss Berufsbildungsgesetz (BBG) ausbilden, steuerlich entlastet werden.

Begründung

Die Ausbildung von Lernenden ist ein zentrales Element für die wirtschaftliche Zukunft und gesellschaftliche Entwicklung der Gemeinde Köniz. Ausbildungsbetriebe übernehmen eine wichtige Verantwortung: Sie sichern den Fachkräftenachwuchs, fördern die Integration junger Menschen in die Arbeitswelt und tragen wesentlich zur wirtschaftlichen Stärke der Region bei.

Die Ausbildung bedeutet für Betriebe jedoch einen erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwand, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Gemeinde Köniz kann mit gezielten steuerlichen Anreizen die Schaffung neuer Lehrstellen fördern, bestehende Ausbildungsplätze sichern und damit den Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken.

In den geltenden Erlassen und Reglementen der Gemeinde Köniz bestehen derzeit keine Bestimmungen, die steuerliche Anreize für Ausbildungsbetriebe vorsehen. Mit dieser Motion soll daher die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Unternehmen, die Lernende ausbilden, gezielt zu unterstützen.

Steuererleichterungen für Ausbildungsbetriebe sind eine Investition in die Zukunft: Sie unterstützen die lokale Wirtschaft, schaffen Perspektiven für Jugendliche und sind ein klares Bekenntnis zur Berufsbildung in Köniz.

Eingereicht

18.08.2025

Unterschrieben von 6 Parlamentsmitgliedern

Kathrin Gilgen, Reto Zbinden, Roland Hofer, Andrea Winzenried, Corina Burren, Florian Moser

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, ob das Festlegen von Steuererleichterungen für Könizer Ausbildungsbetriebe in kommunaler Kompetenz liegt.

2. Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass die Ausbildung von Lernenden ein zentrales Element für die wirtschaftliche Zukunft und gesellschaftliche Entwicklung der Gemeinde Köniz ist. Er teilt auch die Meinung, dass Ausbildungsbetriebe einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung leisten.

Auch die Gemeinde bildet Lernende aus. Die Gemeinde Köniz stellt rund 25 Ausbildungsplätze in 7 verschiedenen Lehrberufen zur Verfügung. Der Gemeinderat möchte aus eigener Erfahrung auch noch anführend, dass Lehrbetriebe nicht nur Kosten und Aufwand haben, sondern dass sie durch die wichtige Aufgabe in der Berufsbildung auch einen wichtigen Nutzen generieren und davon profitieren. Dank diesen Ausbildungsplätzen kann die Gemeinde zukünftige neue Fachkräfte für die Gemeinde ausbilden. Auch profitiert die Organisation von den Kenntnissen der Lernenden über die neuesten Arbeitsmittel, da in Berufsbildung jeweils die neuesten Mittel verwendet und geschult werden. Nach einer gewissen Einführungsphase unterstützen die Lernenden die Mitarbeitenden bereits im Arbeitsalltag.

Ob eine Steuerreduktion der richtige Weg ist, um Lehrbetriebe zu unterstützen, kann nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden. Die Gemeinde kann eine kantonal vorgegebene Steuer nicht reduzieren. Das Ziel der Motion, die Betriebe mit Lehrstellen steuerlich zu entlasten, kann von Gesetzeswegen auf Gemeindestufe also nicht erfüllt werden.

Die Gemeinden verfügen im Unterschied zum Kanton nicht über eine originäre, sondern über eine abgeleitete Steuerhoheit, gestützt auf Art. 113 KV. Den Gemeinden kommt also nur insoweit das Recht zu, Steuern zu erheben, als der kantonale Gesetzgeber ihnen dies gestattet. Im Rahmen der Gemeindesteuern ist zu unterscheiden zwischen den obligatorischen und den fakultativen Gemeindesteuern. Die obligatorischen Gemeindesteuern sind in Art. 249 StG festgehalten. Art. 257-265a StG regeln die zulässigen fakultativen Gemeindesteuern. Für die Erhebung der obligatorischen Gemeindesteuern bildet das Steuergesetz (StG) die alleinige rechtliche Grundlage. Will eine Gemeinde zusätzlich eine fakultative Gemeindesteuer erheben, so hat sie hierfür ein entsprechendes Gemeindereglement zu erlassen (Art. 248 Abs. 2 StG). (Lerch/Kästli, Praxiskommentar zum Berner Steuergesetz Band II, 2011, N. 1 zu Art. 247 StG).

Als fakultative Gemeindesteuern sind im Gesetz die Liegenschaftssteuer (Art. 258 ff.), die Kurtaxe (Art. 263 StG), die Tourismusförderungsabgabe (Art. 264 StG) und die Zweitwohnungssteuer (Art. 265a) vorgesehen. Diese Aufzählung ist abschliessend.

Trotzdem wird der Gemeinderat sich auch weiterhin den Austausch mit den Unternehmen pflegen, welche junge Menschen ausbilden. Nicht zuletzt auch um die Betriebe bei der Lehrlingsrekrutierung zu unterstützen, wurde die Industrienacht als Werbeplattform für die duale Berufsbildung - u.a. in Zusammenarbeit mit dem Lehrstellennetz - neu in Köniz eingeführt. Diese Plattform wurde sehr gut von allen Beteiligten aufgenommen

3. Fazit

Unter Berücksichtigung der rechtlichen Grundlagen kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die Gemeinde in keinem kommunalen Erlass (weder Reglement noch Verordnung) Steuererleichterungen für Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in der Gemeinde Köniz, die Lernende in einem anerkannten Lehrverhältnis gemäss Berufsbildungsgesetz (BBG) ausbilden, festlegen kann.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 08.12.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 09.09.2025



Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin
T 031 970 92 02
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 9. September 2025 rc

V2528 Motion (SVP-Fraktion) "Steuererleichterungen für Könizer Ausbildungsbetriebe"
Formelle Prüfung der Motion

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament eine Vorlage für den Erlass einer kommunalen Steuerverordnung oder einer entsprechenden Bestimmung in einem bestehenden Reglement zu unterbreiten, mit welchem Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in der Gemeinde Köniz, die Lernende in einem anerkannten Lehrverhältnis gemäss Berufsbildungsgesetz (BBG) ausbilden, steuerlich entlastet werden.

Gemäss Art. 44 GO beschliesst das Parlament den Erlass, die Änderung und die Aufhebung aller Reglemente und Pläne, die nicht nach besonderer Vorschrift einem anderen Organ vorbehalten sind.

In der weiteren Bearbeitung dieses Geschäfts wird geprüft, ob das Festlegen von Steuererleichterungen in kommunaler Kompetenz liegt.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin